LTWP-3

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesdeligiertenversammlung (dort beschlossen am: 09.11.2025)

Titel: **LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 - Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten

Gerechtigkeit ist das Fundament eines starken und solidarischen Miteinanders. Für uns heißt gerecht gestalten, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz – unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Einkommen – gleiche Chancen haben. Bildung ist dafür der Schlüssel: Wir wollen, dass jedes Kind die bestmögliche Förderung bekommt, ob in der Kita, in der Schule oder in der Ausbildung. Weiterbildung soll für alle möglich sein. Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich ausprobieren und mitgestalten können. Arbeit muss fair bezahlt werden. Wer Unterstützung braucht, muss sie zielgenau bekommen. Familien brauchen verlässliche Betreuung, Pflegekräfte faire Arbeitsbedingungen, Menschen mit Behinderungen volle und gleichberechtigte Teilhabe. Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ein, die wohnortnah und am Menschen orientiert ist und für einen starken Verbraucherschutz, der Sicherheit gibt. Antidiskriminierung, Gleichstellung und die Rechte von Frauen, genauso wie von queeren Menschen, sind für uns unverhandelbar. Integration bedeutet für uns, dass Zugezogene hier im Land ein Zuhause finden und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Gerechtigkeit zeigt sich nicht in großen Worten, sondern im gelebten Alltag, der für alle funktioniert. Wir streben deshalb eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft an – und dafür machen wir GRÜNE Politik.

Kinder und Familie

Familie und Beruf unter einem Hut

Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb setzen wir uns für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, für ein Arbeitsrecht, das zu unterschiedlichen Lebensphasen und Lebensentwürfen passt und für eine familienfreundliche Unternehmenskultur. Alleinerziehende müssen dabei besonders berücksichtigt werden. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass das Kinderkrankengeld zu einer vollen Lohnersatzleistung für gesetzlich Versicherte wird. Genauso wie für eine Reform des Elterngelds. Wir wollen, dass längere Elternzeiten auch für Väter attraktiver werden. Auch unsere Landesverwaltung soll familienfreundlicher werden: mit mehr 75 %-Stellen und Führungsjobs in Teilzeit.Kita-Gebühren - auch für U2 Kinder - wollen wir vollständig abschaffen.

Familien entlasten – finanziell und im Alltag

Wohnen, Mobilität, Freizeit: Jede Familie braucht Platz, Zeit und Bewegungsspielraum. Für einen guten Start ins Leben führen wir eine Familienbox zur Geburt ein, ein Startset mit allem, was in den ersten Lebensmonaten des Kindes benötigt wird. Die Familienkarte in Rheinland-Pfalz machen wir automatisch für alle verfügbar. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderprodukte geringer besteuert werden. Und wir sagen klar: Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft. Familienpolitik muss sich an Kindern orientieren – nicht an alten Rollenbildern.

Wir setzen uns ein für ein kostenfreies, gesundes und regionales Mittagessen für alle Kinder

Kinderarmut beenden, Kinderrechte stärken

Jedes Kind soll ohne Armut aufwachsen. Ob in Freizeit, Sport oder der Kunst: Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Wir wollen eine echte Kindergrundsicherung genauso wie höhere Leistungen für Bildung und Teilhabe und setzen uns dafür auf Bundesebene verstärkt ein.

Kinder sollen mitreden können: in der Kita, in der Schule, im Alltag, in der Kommune. Das Recht von Kindern zur politischen Beteiligung gehört ins Grundgesetz und in unsere Landesverfassung. Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass Jugendbeteiligung heute fester Bestandteil der Gemeindeordnung ist. Kinderbeteiligung soll genauso selbstverständlich werden.

Hilfe für Familien in herausfordernden Lebenssituationen

Wenn das Leben aus dem Gleichgewicht gerät, braucht es schnelle Unterstützung. Wir bauen Anlaufstellen für Familien in Not aus und stärken und vernetzen Familienzentren, familienorientierten Verbraucherschutz und die Schuldnerberatung. Das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ bringen wir in alle Geburtskliniken in Rheinland-Pfalz und wir schaffen mehr Stellen für Familienhebammen. Frühe Hilfen sollen bis zum sechsten Lebensjahr weitergeführt werden. Personen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir eine verlässliche wohnungs- und beratungsbezogene Unterstützung bieten, um einen gleichberechtigten Start ins Erwachsenenleben zu sichern.

Familien mit einem Kind oder Elternteile mit Behinderung stehen im Alltag vor besonderen Herausforderungen. Eltern mit Behinderungen wollen wir durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Elternassistenz unterstützen, damit sie ihre Erziehungsaufgaben selbstbestimmt und gleichberechtigt wahrnehmen können.

Gemeinsam mit anderen Bundesländern haben wir uns im Bundesrat dafür eingesetzt, dass auch Pflegeeltern Elterngeld bekommen. Wir werden weiter auf die Umsetzung drängen.

Kinder besser schützen

Jedes Kind soll gewaltfrei aufwachsen – dafür setzen wir uns ein. Mit dem landesweiten Pakt gegen sexualisierte Gewalt sind wir neue Wege gegangen. Mit dem bundesweit ersten Betroffenenbeirat haben wir eine unersetzliche Perspektive von Fachleuten, deren Empfehlungen wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen. Darüber hinaus setzen wir mit dem Amt eines/einer Landesbeauftragten gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bei der Landesregierung einen Meilenstein für die politische Vertretung von betroffenen Kindern und Jugendlichen im Kampf gegen sexuellen Missbrauch.

Wir wollen, dass bis spätestens 2029 überall, wo mit Kindern gearbeitet wird – ob in der Schule, im Verein oder im Ferienlager – ein verbindliches Schutzkonzept vorliegt. Dafür stärken wir die Fachkräfte, vor allem in den Kinderschutzdiensten, aber auch im pädagogischen Landesinstitut. Polizei und Justiz werden wir weiter schulen, damit sie kindgerecht arbeiten können.Bei der Bekämpfung von Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet setzen wir uns dafür ein, dass Polizei und Justiz die bei Ermittlungen bekannt gewordenen Speicherorte an Hostingunternehmen im In- und Ausland zur freiwilligen Löschung der Daten weitergeben.Wir verbessern die Prozesse in Gerichtsverfahren mit Kindern, die sexualisierte Gewalt erleben mussten. Und wir stärken die Kinderschutzdienste im Land. Wir bauen die Opfer- und Entschädigungsberatung aus und sichern die Weiterfinanzierung der „Nummer gegen

Kummer“. Denn: Kein Kind soll mit seinem Trauma allein bleiben.

Frühkindliche Bildung

Jedes Kind verdient eine liebevolle, verlässliche und wohnortnahe Kita – mit Herz, Qualität, gesundem Essen und Raum zum Entfalten. Dafür schaffen wir ausreichend Kita-Plätze und gewinnen mehr qualifiziertes Personal durch eine flächendeckend berufsbegleitende, entsprechend gut bezahlte Ausbildung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und gezielte Fortbildungen. Um das Recht von Kindern mit Behinderung auf Inklusion und Teilhabe zu sichern, setzen wir uns für die Schaffung eines Inklusionsbudgets für Kitas ein.

Starke Fachkräfte – starke Kitas

Gute Betreuung braucht gute Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen für faire Bezahlung, mehr Zeit für die Leitung einer Kita und die Anleitung von Auszubildenden. Zudem sorgen wir für einen besseren Personalschlüssel, der Hand in Hand mit der Fachkräftegewinnung geht. Außerdem setzen wir auf starke Trägerstrukturen und unterstützen Trägerzusammenschlüsse. So sichern wir Qualität, entlasten Fachkräfte und machen den Beruf attraktiver.

Kitas als Familienorte

Kitas sollen Orte der Begegnung für Kinder und Eltern sein. Deshalb bauen wir Familienzentren aus und stärken die Kita-Sozialarbeit. Für echte Teilhabe setzen wir auf inklusive Bildung von Anfang an und sorgen dafür, dass die Kitas im Land diese Aufgabe auch meistern können.

Naturnahe Bildung in Kita und Schule

Ein weiteres Ziel ist, Kinder schon im frühen Alter an die Natur als Lernort heranzuführen. So kann von klein auf ein breites Verständnis für die Abläufe und Zusammenhänge in der Natur erlernt werden.Wir wollen entsprechende Konzepte und Angebote in allen Kitas und Schulen.

Ein guter Start in die Schule

Kinder sollen mit Mut und Freude in die Schule starten. Durch frühzeitige Förderung, gezielte Sprachbildung und verlässliche Strukturen schaffen wir einen fließenden Übergang von der Kita in die Grundschule. Damit Bildung von der ersten Klasse an gut vermittelt werden kann, setzen wir uns für eine verbindliche Sprachstandserhebung aller Kinder im Vorschulalter ein. Sprachkompetenz ist die Grundlage für schulischen Erfolg. Entsprechende

Angebote, wie z. B. im Rahmen des Sozialraumbudgets und Sprachbeauftragte an Kitas wollen wir erweitern und ausbauen.

Schule

Für einen kindgerechten Ganztag

Ganztagsschulen sind mehr als Betreuung. Sie brauchen Angebote, die Kinder begeistern – mit Musik, Bewegung, Natur, Sport und Kunst. Dafür setzen wir auf starke Kooperationen, Partizipation aller am Ganztag Beteiligten – insbesondere der Kinder – und auf gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte. Der Ganztag soll nicht überfordern, sondern bereichern. Ganztagsschulen entfalten ihre volle Wirkung erst durch anspruchsvolle Zusatzangebote, bspw. an außerschulischen Lernorten und durch eine stärkere Sprach- und Sozialkompetenzförderung. Wir wollen sie daher finanziell stärken und personell aufwerten und gezielt weiterentwickeln. Die Ganztagsförderung an Grundschulen wollen wir wohnortnah, bedarfsgerecht und flächendeckend ausbauen. Perspektivisch soll in allen Schulbezirken die Ganztagsschule in Angebotsform etabliert sein. Wir wollen den Ganztag im Klassenverband durch die Einrichtung von Ganztagsklassen zum Standard machen. Diese Schulen sollen den Rhythmus bestimmen und die Möglichkeit erhalten, Schulunterricht, freie Arbeitsphasen, Bewegung und freie Zeiten über den ganzen Tag zu verteilen.

Gute Räume für gutes Lernen

Neue Überschrift: Gute Räume für ein gutes Lernen

Gute Bildung benötigt gute Lernorte. Um das Lernen auch in den zunehmenden Hitzeperioden zu ermöglichen, benötigen wir temperaturregelnde Maßnahmen, wie z.B. Sonnenverschattung für alle Lernräume. Wir setzen uns für ein landesweites Sanierungsprogramm ein, um schadstoffbelastete Lernräume und auch die Toiletten- und Duschanlagen zu sanieren. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Schulgebäude barrierefrei werden und mit Rückzugsorten und grünen Schulhöfen Raum für kreatives Lernen bieten. **Wir setzen uns dafür ein, dass kostenfreie Hygiene- und Menstruationsartikel für auf Schultoiletten verfügbar sind.**

Lehrkräfte stärken, Unterricht weiterdenken

Unsere Schulen brauchen motivierte, gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte in ausreichender Zahl. Diese brauchen Zeit für das Wesentliche: die Schüler:innen. Deshalb wollen wir sie von Verwaltungsaufgaben entlasten und multiprofessionelle Teams ausbauen. Dazu gehört der Ausbau der Schulsozialarbeit und des schulpsychologischen Dienstes, orientiert an Sozialraumindikatoren.

Gleichzeitig wollen wir eine inklusive, moderne und praxisnahe Lehramtsausbildung: Wer unterrichtet, soll fachlich und pädagogisch gut vorbereitet sein. Daher wollen wir Studium und Schulalltag im Rahmen eines praxisnahen Stufenlehramts zukünftig eng miteinander verzahnen. Grundschullehrkräfte sollen endlich genauso ausgebildet und bezahlt werden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an allen anderen Schulen. A/E13 als Einstiegsgehalt für alle Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz ist längst überfällig. Wir werden die Lehrpläne entschlacken und auf zukunftsrelevante Fachinhalte und Kompetenzen fokussieren. So schaffen wir Freiräume für vielfältige pädagogische Ideen und Schwerpunkte sowie neue innovative Unterrichtsformen.
Wir setzen auf eine moderne, differenzierte Lehr-, Lern- und Prüfungskultur, die auf regelmäßige konstruktive Rückmeldungen auf Basis von Kompetenzerwerb aufbaut und ein individuelles Lerntempo ermöglicht. Wir setzen auf Lernzeiten zur Vertiefung des Gelernten statt Hausaufgaben auf Basis von Stundenplänen im 45-Minuten-Takt.
Wir wollen Schulen mehr Autonomie bei organisatorischen, personellen und finanziellen Fragen einräumen und dabei Schulleitungen unterstützen. Auch Schulen in freier Trägerschaft wollen wir verlässlich unterstützen. Daher werden wir das Privatschulgesetz zeitgemäß weiterentwickeln und die Schulgeldfreiheit in Rheinland-Pfalz erhalten.

Schule als Ort des vielfältigen Miteinanders – für ein gerechtes Bildungssystem
Bildung ist mehr als Wissen.

Schule muss ein Ort sein, an dem Schülerinnen und Schüler sich sicher fühlen, Wertschätzung erfahren und individuell gefördert werden. Nur wer als Persönlichkeit angenommen wird, kann sich gesund entwickeln und seine Potenziale entfalten. Wir wollen alle Schulen zu Schulen der Zukunft machen. Daher setzen wir uns für ein vielfältiges und inklusives Bildungssystem ein.
Inklusion ist ein Menschenrecht. Vielfalt ist eine Chance. Inklusive Schulen ermöglichen modernes, potenzialorientiertes Lernen und stärken das soziale Miteinander. Wir wollen die Rahmenbedingungen für inklusive Schulen verbessern, damit gemeinsamer Unterricht aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch mit und ohne Behinderung sowie mit und ohne Migrationshintergrund zur Regel wird. Dafür brauchen Schulen die notwendigen Ressourcen. Zusätzlich zu den Lehrkräften unterstützen Lernassistenzen für die gesamte Klasse gezielt im Unterricht und fördern Kinder auch individuell. Perspektivisch sollen alle Schulen inklusiv arbeiten.
Statt Sitzenbleiben und frühe Trennung in verschiedene Schulformen, setzen wir auf längeres gemeinsames Lernen, gute Übergänge und Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Deshalb wollen wir die Zahl der Integrierten Gesamtschulen deutlich steigern, weil wir davon überzeugt sind, dass alle Schülerinnen und Schüler von Vielfalt profitieren.

Bildungschancen dürfen nicht vom Elternhaus oder Wohnquartier abhängen. Stattdessen setzen wir auf gezielte Förderung durch sozialraumorientierte Budgets und sozial durchmischte Klassen, in denen alle miteinander und voneinander lernen.

Wir setzen uns ein für ein kostenfreies, gesundes und regionales Mittagessen für alle Schüler*innen

Niemand ohne Abschluss! Wenn ein Schulabschluss gefährdet ist, gilt es früh zu handeln mit passender Unterstützung durch zusätzliche Förderstunden am Vormittag und im Ganztag. Niemand darf durch das Raster fallen. Deshalb erfassen wir Bildungsverläufe besser und begleiten junge Menschen über die Schule hinaus. Auch nach der Pflichtschulzeit gilt es junge Menschen bedarfsgerecht weiter zu begleiten mit dem Ziel, möglichst alle in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Anwerbeversuche der Bundeswehr lehnen wir ab.

Bildung nachhaltig und demokratisch entwickeln

Das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist Querschnittsthema in allen Bildungsbereichen. Es verbindet soziales Lernen, Demokratiebildung, ökonomisches und ökologisches Bewusstsein unter Einbezug der globalen Perspektive und bezieht außerschulische Lernorte und außerschulische Partnerinnen und Partner ein. Dadurch stärkt es zentrale Zukunftskompetenzen. Demokratie muss erlebt werden. Demokratiebildung und politische Bildung wollen wir GRÜNE deshalb bereits ab der Kita stärken und über alle Altersgruppen hinweg ausbauen. Damit politische Bildung ihren Anspruch erfüllen kann, Querschnittsaufgabe aller Unterrichtsfächer zu sein, wollen wir den bildungswissenschaftlichen Teil des Lehramtsstudiums um entsprechende Elemente erweitern. Das Angebot von Fortbildungen in diesem Bereich für Lehrer*innen soll ausgebaut werden.
Gleichzeitig wollen wir die außerschulischen Träger*innen der Politischen Bildung stärken und im Schulalltag Räume für deren Angebote schaffen. Die Landeszentrale für Politische Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Wir wollen die Landeszentrale weiter stärken und Kooperationen mit Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ausbauen.
Für die demokratische Mitbestimmung und Repräsentation von Schüler*innen an Schulen werden wir die Schüler:innenvertretungen und deren Vernetzung auf schulischer, kommunaler und Landesebene stärken. Entscheidungsprozesse in der Schule müssen demokratisiert werden, damit Schüler:innen aktiv über die Gestaltung ihres Schulalltags bestimmen können, so stärken wir die politische Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen.
Wir setzen uns dafür ein, dass jede*r Schüler*in in ihrer Schullaufbahn

mindestens einmal eine Gedenkstätte und einen Ort der Demokratie besucht. Politische Bildung endet aber nicht mit dem Schulabschluss, sondern muss auch in der Aus-, Weiter- und Erwachsenenbildung angemessen und breit vermittelt werden. Politische Bildung ist nicht wertneutral gegenüber unserer Verfassungsordnung und kann es auch nicht sein. Wir stellen uns hinter Lehrkräfte, die in ihrem Engagement für die freiheitliche Demokratie von Rechtsradikalen angegriffen werden. Rechtsextremistischen Vorfällen und Indoktrinationsversuchen an unseren Schulen werden wir mit aller Härte begegnen.

Digitalisierung sinnvoll nutzen – Digitale Lernmittelfreiheit für Alle

Digitalisierung nutzen

Wir benötigen eine moderne und professionelle digitale Infrastruktur, eine gute Ausstattung mit schulischen Endgeräten für Lernende, Lehrkräfte und Mitarbeitende, sowie technischen Support bei Problemen. Qualifikationen der Lehrkräfte sind für den Einsatz digitaler Werkzeuge unerlässlich. Neben der Technik geht es vor allem darum, die Schüler:innen in einem sicheren Rahmen zu selbständigem, kritischem und kreativem Denken zu befähigen. Insbesondere im Bezug auf KI, Deepfakes und Quellenkritik, müssen Schüler:innen und Lehrkräfte geschult sowie sensibilisiert werden. Das digitale Lernen kann barrierefreies und lebensnahes Lernen unterstützen.

Anstelle von kategorischen Handverboten setzen wir auf Medienkompetenz und sichere Nutzungsräume.

Ausbildung und berufliche Bildung

Duale Ausbildung stärken

Das System der dualen Ausbildung ist einzigartig in Deutschland. Es bereitet junge Menschen praxisnah auf das Berufsleben vor. Wir setzen uns für gut ausgestattete Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten ein. Gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben und Kammern setzen wir auf moderne und zukunftsfähige Ausbildungsrahmenpläne. Die überbetriebliche Ausbildung wollen wir sichern und ausbildende Betriebe dabei unterstützen.

Mehr Praxis in den Schulalltag

Schüler:innen sollen eigene Interessen entdecken und stärken dürfen. Wir ermöglichen allen Schulen, Praxistage fest in den Schulalltag einzubinden. So

geben wir jungen Menschen früh die Chance, eigene Talente und Interessen zu erkennen und durch Berufsinformation und Berufsorientierung eine klare Perspektive für ihren Berufsweg zu entwickeln. Auch die Möglichkeit einer dualen Oberstufe wollen wir modellhaft erproben und so jungen Menschen die Chance geben, gleichzeitig Abitur und Gesellenbrief zu erwerben. Dafür fördern wir Pilotprojekte mit engagierten Schulen und Betrieben – orientiert an erfolgreichen Modellen aus anderen Bundesländern.

Raum für Entwicklung–Ein Jahr für andere, ein Jahr für sich

Manchmal braucht das Lernen eine Pause, insbesondere in der Pubertät. Viele Jugendliche spüren in dieser Zeit, dass sie Abstand brauchen – nicht, um aufzugeben, sondern um sich weiterzuentwickeln. Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit geben, nach neun Schuljahren einen Freiwilligendienst zu leisten – ob im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich – und im Anschluss wieder zur Schule zurückkehren zu können. So schaffen wir eine freiwillige Auszeit mit Sinn und helfen Jugendlichen, gestärkt und orientiert in die Schule zurückzukehren.

Bildungsgerechtigkeit für alle

Bildung muss zu unterschiedlichen Hintergründen und Biografien passen. Nicht alle durchlaufen ihre schulische Laufbahn in der Regelzeit. Auch junge Geflüchtete und andere, die wegen Krankheit oder sonstigen Umständen zeitliche Verzögerungen hinnehmen müssen, brauchen eine echte Perspektive. Wer nicht mehr schulpflichtig ist, soll trotzdem lernen dürfen. Wir setzen uns für ein Recht auf Schule bis 25 ein – damit alle, unabhängig von Herkunft und Alter, eine faire Chance auf Bildung und Zukunft haben.

Weiterbildung

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind Teil von Daseinsvorsorge

Gemeinwohlorientierte Weiterbildung ist ein öffentliches Gut und ein Teil staatlicher Daseinsvorsorge. Sie darf nicht auf Erwerbsorientierung und -verwertbarkeit reduziert werden. Lebenslanges Lernen ist ein Grundrecht und entscheidend für unsere Zukunft. Egal ob für den nächsten Karriereschritt oder den Einstieg in einen Beruf mit Zukunft, Weiterbildung stärkt die Menschen und unser Land.

Ein modernes Weiterbildungsgesetz für gerechten Zugang

Ob Menschen endlich flüssig lesen lernen, den versäumten Schulabschluss nachholen oder sich im Beruf weiterentwickeln – in Zeiten des Fachkräftemangels brauchen wir Menschen, die Lust auf Neues haben. Wir GRÜNE wollen die Weiterbildung daher moderner und für alle zugänglich machen. Eine verlässliche Finanzierung, qualifizierte Lehrende, kontinuierliche Fortbildung und faire Honorare bilden hierfür die Grundlage. Dafür planen wir ein neues Weiterbildungsgesetz, das den aktuellen Herausforderungen auch gerecht wird. Es soll dafür sorgen, dass Weiterbildung überall möglich ist – in der Stadt genauso wie auf dem Land, digital und analog. Auf diese Weise wird das Lernen flexibler und leichter erreichbar. Zudem setzen wir uns weiter dafür ein, dass Weiterbildungsangebote unabhängig vom Geldbeutel wahrgenommen werden können. Auch deswegen sollen diese Angebote von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

Jugend

Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt von GRÜNER Politik

Jugendbeteiligung ist kein Extra, sondern Grundsatz. Mit dem bundesweit ersten Landesjugendbeirat haben wir begonnen – jetzt gehen wir weiter: Wir stärken seine Rechte und beziehen junge Menschen insgesamt systematischer als bisher in die Landespolitik ein. Alle Gesetze werden künftig mit einem Jugendcheck geprüft. Diesen führen wir im Rahmen eines Jugendbeteiligungsgesetzes ein, mit welchem wir Beteiligung auf kommunaler Ebene einheitlich regeln und eine Beratungsstelle für Jugendbeteiligung auf Landesebene einrichten. Das Jugendklimaforum führen wir fort.

In jeder Kommune soll Jugendbeteiligung verbindlich sein. Dafür braucht es Ansprechpersonen, eigene Budgets und klare Rechte, wie Rede- Anhörungs- und Antragsrecht. Deswegen richten wir ein Kommunales Investitionsprogramm zur Jugendförderung und Teilhabe (KIJugend) ein, das Kommunen gezielt bei innovativen Projekten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen unterstützt. Wir machen die Reform der Gemeindeordnung zu einem Hebel für echte Mitbestimmung. Den Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen als starken Akteur für Jugendbeteiligung vor Ort wollen wir weiter fördern.

Die besten Innovationen gehen oft von jungen Menschen aus. Wir wollen das anerkennen und fördern innovative Projekte von und mit Jugendlichen mit einer fondsfinanzierten Förderung.

Wir möchten, dass die Stimme von jungen Menschen politisches Gewicht bekommt. Auch wenn unsere Initiative zur Senkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre bisher an der gesetzlichen 2/3-Mehrheit scheiterte, lassen wir nicht locker und kämpfen weiter für eine Absenkung des Wahlalters in Rheinland-Pfalz.

Wir setzen uns für die Wiedereinführung des Kulturpasses für 18-jährige auf Landesebene ein.

Starke Jugendarbeit – starke Demokratie

In der Kinder- und Jugendarbeit erleben junge Menschen Partizipation, Selbstwirksamkeit und Zusammenhalt. Kinder- und Jugendarbeit ist ein Ort niederschwelliger Bildung, der Kindern und Jugendlichen im freiwilligen Kontext ermöglicht, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und demokratisches Zusammenleben zu erfahren.
Wir bauen die eigenständige Jugendpolitik durch die Jugendstrategie JES weiter aus. Wir vereinfachen die Förderstruktur und erhöhen die Mittel für Freizeiten, politische Bildungsmaßnahmen und die Schulungen für ehrenamtlich Mitarbeitende. Ehrenamtliche stärken wir mit besserer Bezahlung bei Verdienstausfall und gezielter Qualifizierung. Auch im ländlichen Raum sollen Jugendliche sich eingebunden fühlen und gehört werden. Deswegen fördern wir Beteiligungsstrukturen und schaffen Treffpunkte ohne Konsumzwang für Kinder und Jugend.

Schutz und Prävention von sexualisierter Gewalt

Wir setzen den Pakt gegen sexualisierte Gewalt konsequent um. Dafür schaffen wir Personalstellen, unterstützen Schutzkonzepte in allen Einrichtungen und schulen ehrenamtlich Engagierte.

Echte Freiwilligkeit beim Freiwilligendienst

Freiwilligendienste sollen freiwillig bleiben. Wir sorgen dafür, dass alle, die einen Freiwilligendienst absolvieren wollen, dies unabhängig vom Geldbeutel oder Wohnort tun können. Mit besserer Bezahlung, mehr Mobilitätsgeld und einem Zugang auch für Jugendliche mit Berufsreife. Die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.

Alltag bezahlbar machen: Wohnen und Mobilität

Azubis, Studierende, aber auch junge Menschen aus der Jugendhilfe sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir schaffen neue Angebote und fördern günstige Mietmöglichkeiten. Für alle, die wenig Geld haben, machen wir Mobilität leichter – mit einem vergünstigten Deutschlandticket für Studierende, Azubis, Freiwilligendienstleistende und Inhaber:innen der Ehrenamtskarte oder Juleica. Und einem besseren Busangebot auch im Nachtverkehr.

Arbeit

Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt

Eltern brauchen verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder, um arbeiten gehen zu können oder ihre Stunden aufzustocken. Wir wollen eine flexible Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie ihre persönliche Vollzeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden aussieht. Angebote wie die Vier-Tage-Woche wollen wir fördern, um auch Freiräume für ehrenamtliches Engagement oder familiäre Aufgaben zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene für einen Anspruch auf eine Pflegezeit mit Lohnersatz ein, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Zur Unterstützung von mobilem Arbeiten wollen wir dezentrale Co-Workingspaces fördern.

Wir wollen ein Landesprogramm zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ins Leben rufen, das Beschäftigte mit Pflegeverantwortung nachhaltig unterstützt und damit einen Beitrag zur Fachkräftesicherung für Unternehmen leistet.

Fachkräftepotenzial ausschöpfen

Der Fachkräftebedarf ist nach wie vor groß. Deshalb müssen wir die besten Ausgangsbedingungen schaffen, die allen eine gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. Insbesondere bei der Erwerbstätigkeit von Frauen, Menschen mit Migrationserfahrung, Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und jungen Menschen ohne Abschluss sind diese ungenutzten Potenziale vorhanden. Die Programme “Bedarfsgemeinschaftscoaching”, “Jobfux”, “Jugendberufsagenturen”, “JobAction”, “Jobcoach24+” und “Frauen aktiv in die Zukunft” wollen wir deshalb ausbauen. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen soll in der Fachkräftestrategie gestärkt werden. Die Vermittlung gerade von langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt setzen wir gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern durch eine personalintensive Begleitung kontinuierlich um. Für einen verlässlichen Öffentlichen Dienst wollen wir GRÜNE ein modernes Beamtenrecht, das Aufstiegschancen, familienfreundliche Bedingungen, flexible Arbeitszeitmodelle und den erleichterten Quereinstieg bietet. Mit der Einführung einer pauschalen Beihilfe schaffen wir echte Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung und erhöhen so Fairness, Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz.

Arbeitsschutz ausbauen

Um die Arbeitskraft der Fachkräfte zu erhalten, müssen wir auch ihre Gesundheit schützen. Daher wollen wir das Personal bei den Arbeitsschutzkontrollen des Landes aufstocken und gesundheitspräventive Maßnahmen im engen Dialog mit den Arbeitnehmer:innen-Vertretungen fördern. Wir möchten auch Beratungsangebote für

entsandte Beschäftigte zum Schutz vor schlechten Arbeitsbedingungen und Ausbeutungin besonders gefährdeten Berufsgruppen stärken.

Gute Arbeit - Tariftreue belohnen

Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe Tarifbindung stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die regionale Wirtschaft. Menschen, die nach Tarifvertrag beschäftigt werden, haben nachweislich bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsräten für gute Arbeit und Tariftreue ein. Insbesondere als Land haben wir über die Auftragsvergabe eine große Marktmacht. Deshalb muss das Landestariftreuegesetz (LTTG) endlich grundlegend reformiert werden und auch die Vergabeordnung um soziale und ökologische Kriterien angepasst werden. Dabei muss gelten, dass das Land und die Kommunen nur Aufträge an Unternehmen vergeben, die Tariftreue garantieren. Außerdem sollen Kriterien wie die Ausbildungs- und Schwerbehindertenquote, Gleichstellung und die Beschäftigung Langzeitarbeitsloser bei der Vergabe belohnt werden können.

Soziales

Armut bekämpfen

Wir stehen an der Seite von Menschen, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Wir wollen Menschen helfen und nicht mit Sanktionen von der Gesellschaft ausgrenzen. Konkret auf Landesebene wollen wir darum die Förderung der Schuldnerberatungsstellen sichern **und weiter ausbauen**. Mit den Clearingstellen Krankenversicherung unterstützen wir Menschen ohne Versicherung dabei, (wieder) Zugang zur Krankenversicherung zu bekommen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir mit einem weiteren Standort in Trier stärken. Leider gelingt es nicht immer, Menschen rechtzeitig in eine Krankenversicherung zu vermitteln. Deshalb fördern wir insbesondere die schnelle und unbürokratische medizinische Versorgung von Schwangeren ohne Krankenversicherung. Perspektivisch streben wir auch für alle Menschen ohne Krankenversicherung, die dringend medizinische Versorgung benötigen, einen Notfallfonds nach diesem Modell an.

Frauen sind besonders häufig von Altersarmut betroffen.
Insbesondere wenn sie in ihrer Ehe oder Partnerschaft in eine finanzielle Abhängigkeit geraten. Daher wollen wir stärker über die **"Care-Lücke" (finanzieller Nachteil durch unbezahlte Pflege- und Erziehungsarbeit)** und das damit verbundene Risiko der Altersmarmut informieren und mittels einer öffentlich wirksamen Kampagne z.B. die Bekanntheit und Akzeptanz des Partnerschaftsvertrags (Ehevertrag, Lebenspartnerschaftsvertrag), als **Instrument** zur finanziellen Absicherung von Frauen, erhöhen.

Gemeinwesen und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen

Um Menschen in armutsgefährdeten Quartieren und Dörfern niedrigschwellig zu erreichen, wollen wir die Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für soziale Servicebüros in den Kreisen und kreisfreien Städten ein, die alle soziale Leistungen der Kommune, des Landes und des Bundes bündeln. Dort sollen Leistungsansprüche proaktiv kommuniziert werden. Denkbar sind auch monatliche Familientage zur niedrigschwelligen Information über mögliche Leistungen.

Kommunale Sozialpässe und Sozialticket für Mobilität und Teilhabe

Als Land wollen wir die Einführung kommunaler Sozialpässe für Menschen in Grundsicherung unterstützen. Auch ein Sozialticket für Grundsicherungsempfänger:innen, das nicht mehr kostet als der Regelbedarf für Mobilität, wollen wir landesweit fördern. Bundesweit setzen wir uns weiter für eine Kindergrundsicherung, eine wirksame Grundsicherung und einen Klimabonus ein.

Gemeinsam gegen Einsamkeit – Mehr soziale Integration

Einsamkeit ist keine bloße Befindlichkeit – sie ist ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Risiko. Einsamkeitsbelastung macht körperlich und psychisch krank, senkt die Lebenserwartung, schwächt das Vertrauen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und in unsere demokratischen Institutionen und macht anfälliger für Verschwörungserzählungen und autoritäre Haltungen.
Laut Einsamkeitsbarometer des Bundes ist Rheinland-Pfalz eines der am stärksten von steigender Einsamkeit belasten Bundesländer. Corona-Pandemie und Digitalisierung haben diese Entwicklung stark beschleunigt. Besonders betroffen sind junge Erwachsene, ältere Menschen, Alleinerziehende, queere Menschen, Menschen mit Migrationserfahrung sowie Menschen, die von Armut bedroht sind. Wir wollen die bestehenden Projekte für ältere Menschen ausbauen und verstärkt auch Projekte für die größer werdende Gruppe der einsamen jungen Menschen aufbauen. Dabei haben wir alle genannten Zielgruppen im Blick. So wollen wir einsamkeitssensible Quartiers- und Stadtentwicklung (z.B. Mehrgenerationenhäuser) in den Kommunen fördern und gesellschaftliche Räume der Vernetzung (z.B. Jugendhäuser) für Menschen jeglicher sozialer Herkunft und besonders im ländlichen Raum ausbauen.
Maßnahmen zur Pflege und Stärkung sozialer Beziehungen verstehen wir auch als Ressource in der Arbeitsmarktpolitik, die Menschen vor Arbeitsplatzverlust schützen kann und im Falle von Arbeitslosigkeit hilft, neue Arbeit zu finden.
Neben akuten Maßnahmen investieren wir in Wissen: Wir wollen die wissenschaftliche Erforschung der Ursachen von Einsamkeit und die Wirksamkeit

unterschiedlicher Gegenstrategien fördern. Nur auf einer soliden Datenbasis können wir langfristig wirksame und gerechte Lösungen entwickeln.

Sprachförderung, Nachbarschaftshilfe, Generationentreffs, Kultur: Wir wollen die Bedürfnisse der Menschen in ihrem Sozialraum gemeinsam erkennen und erfüllen..

Bestattungen zeitgemäß ermöglichen

Das neue Bestattungsgesetz schließt moderne, vielfältige Wege der Bestattung ein. Es ermöglicht individuelle Abschiede und achtet religiöse wie weltanschauliche Überzeugungen. Damit sind wir einen wichtigen Schritt in Richtung einer zeitgemäßen Trauer- und Bestattungskultur gegangen.

Wir warten die wissenschaftliche Untersuchung von Reerdigung als Bestattungsform ab und werden anschließend prüfen, ob wir diese in Rheinland-Pfalz ermöglichen.

Inklusion

Inklusiver Landesdienst

Das Land hat eine Vorbildfunktion für einen inklusiven Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst wollen wir durch zusätzliche Stellen und eine verbindliche Zielplanung der Ressorts mit Maßnahmen und zentralem Controlling fördern. Dabei streben wir eine Beschäftigungsquote von sechs Prozent an. Mit einem zentral verwalteten Stellenpool wollen wir das Budget für Arbeit im Landesdienst stärker nutzen.
Wir wollen Inklusionsbetriebe und -abteilungen des Landes schaffen.

Inklusives Wohnen

Teilhabe an der Gesellschaft darf nicht an der Wohnungstür halt machen. Wir erkennen das Bedürfnis und das Recht vieler Menschen mit Behinderung auf inklusives Wohnen an. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung inklusiver Wohn- und Hausgemeinschaften ein in denen Menschen mit und ohne Behinderung Verantwortung füreinander übernehmen und inklusive Gemeinschaften bilden.

Inklusiver Arbeitsmarkt

Wir wollen die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im regulären Arbeitsmarkt erleichtern und den allgemeinen Arbeitsmarkt inklusiv weiterentwickeln. Mit einer gemeinsamen Initiative von Wirtschaftsunternehmen, Kammern, Gewerkschaften und Rehabilitationsträgern soll die besorgniserregend steigende Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen bekämpft werden. Die

Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen muss die Ausnahme bleiben und besser bezahlt werden. Dafür sollen modellhaft Ansätze erprobt werden, die ein existenzsicherndes und anrechnungsfreies Entgelt für Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben unabhängig vom Beschäftigungsort gewährleisten und konsequent inklusive Beschäftigung fördern. Die Einzahlung in die Rentenkasse mit einem Fiktivgehalt von 80% des deutschen Durchschnittseinkommens soll unabhängig vom Beschäftigungsort auch für Menschen gelten, die inklusiv auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt sind. Das Land soll verbindliche Inklusionsvereinbarungen mit den Werkstätten für behinderte Menschen abschließen und Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt systematisch fördern. Diese Maßnahmen sollen durch Fördermittel des Europäischen Sozialfonds abgesichert werden. Wir wollen den Ausbau und Erhalt von Inklusionsfirmen unterstützen und die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen um mindestens 25 Prozent steigern. Aufträge und Vergaben des Landes sollen nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen möglich sein. Personenzentrierung und Alternativen zur Tagesförderstätte bauen wir aus.

"Nichts über uns ohne uns"

Menschen mit Behinderungen brauchen eine kraftvolle Selbstvertretung mit professionellen Strukturen, um ihre Interessen und Belange selbst vertreten zu können.

Unser Ziel sind kommunale Behindertenbeiräte und -beauftragte in allen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie in mehr Verbandsgemeinden. Hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte fördern wir.

Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) werden wir weiter vernetzen und mit landesweiten Werbeaktionen bekannter machen. Dabei machen wir die Kompetenzstärkung im Bereich psychisch erkrankter Menschen verpflichtend. Wir stärken die Kompetenzen der unabhängigen Besuchskommissionen für Einrichtungen und Angebote für Menschen mit Behinderungen.

Wir werden die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen konsequent ausbauen – etwa durch barrierefreie Wahlen, digitale Beteiligungsplattformen in Leichter Sprache und gezielte Programme zur Einbindung in kommunale Gremien und Bürgerbeteiligungsverfahren. Zur nachhaltigen Stärkung der Mitwirkung werden wir den Partizipationsfonds gut ausstatten, welcher Selbstvertretungsorganisationen finanziell und strukturell unterstützt.

Barrierefreies Rheinland-Pfalz

Wir fördern niedrigschwellige barrierefreie Mobilitätsangebote im ganzen Land. Die im Landesinklusionsgesetz festgeschriebene Landesfachstelle Barrierefreiheit

werden wir einrichten und ein Landeskompetenzzentrum Barrierefreiheit aufbauen.

Wir gestalten alle Landesgebäude umfassend barrierefrei, Ziel der Umsetzung ist das Jahr 2035, besonderer Schwerpunkt Hochschulen/Universitäten und Polizeigebäude.

Auch die digitale Barrierefreiheit des Landes bauen wir weiter aus, die Klagemöglichkeit der Verbände der Menschen mit Behinderungen schärfen wir. Die Förderung von digitalen Technologien und Vorhaben werden von der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen abhängig gemacht. Digitale Inklusion ist Teil der Daseinsvorsorge - die seit 2019 geltende Verpflichtung zur Barrierefreiheit muss umgesetzt werden. Alle digitalen Angebote des Landes und der Kommunen müssen barrierefrei, mehrsprachig und in einfacher Sprache zugänglich sein. Beim Einsatz von KI-Systemen im öffentlichen Bereich sollen mögliche Diskriminierungseffekte geprüft und Betroffene aktiv in die Entwicklung einbezogen werden.

Wir wollen die Gebärdensprachdolmetscher:innen-Versorgung im Land sicherstellen und dafür einen gemeinsamen Studiengang mit Baden-Württemberg entwickeln.

Ferien- und Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung wollen wir weiter ausbauen. Das Landesblindengeld soll an die Preisentwicklung angepasst werden und für stark hörbehinderte Menschen erweitert werden, um soziale Teilhabe zu ermöglichen.

UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Den Landesaktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention schreiben wir fort. Nach einem breiten Beteiligungsprozess wird er bereits zur Mitte der Wahlperiode vorliegen. Das bestehende und neue Landesrecht soll konsequent auf die Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft und angepasst werden. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir das Monitoring der Inklusionspolitik dauerhaft sichern und unabhängige Strukturen fördern. Wir befürworten die Einführung eines Disability Mainstreaming in der Landesverwaltung: Die Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen sollen bei allen politischen und administrativen Entscheidungen systematisch geprüft werden.

Wir befürworten die finanziell bedarfsgerecht ausgestattete inklusive Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, damit junge Menschen mit Behinderungen nicht länger aus Regelleistungen herausfallen. Dabei sollen alle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Sozialgesetzbuch (SGB VIII) gebündelt werden. Pädagogische Fachkräfte sollen flächendeckend Fortbildungen zu Inklusion, Vielfalt und psychischer Gesundheit erhalten.

Verbraucher:innenschutz

Energieeffizienz und Schulden –neue Herausforderungen anpacken

Fossile Energie wird teurer, Betrug rund um das Thema Wärme- und Energieversorgung nimmt im Netz zu. Wir GRÜNE wollen, dass die Energie- und Wärmewende in den Haushalten gelingt. Deshalb sollen Strom- und Wärmesperren oder sogar Energieverschuldung gar nicht zustande kommt. Dafür wollen wir die Energie- und Schuldner:innenberatung durch die Verbraucherzentrale weiter stärken und ausbauen – damit Menschen frühzeitig erreicht werden, überteuerte Tarife leichter erkennen und rechtzeitig wechseln können.

Digitale Räume in Zeiten von künstlicher Intelligenz – Schutz im Netz garantieren

Viele Betrugsfälle im Netz entstehen durch falsche Identitäten. Wir setzen uns für eine technisch sichere Umsetzung der eIDAS 2.0 Verordnung und der EU-Digitale Brieftasche (European Digital Identity Wallet) ein, damit Nutzer:innen vor Phishing, Identitätsdiebstahl und Fake-Shops durch sichere digitale Ausweise geschützt werden. Der Bund soll dafür sorgen, dass diese Systeme von staatlichen Stellen und nicht durch private Anbieter betrieben werden. Nur so bleiben die Daten geschützt und die Kontrolle bei den Menschen. Künstliche Intelligenz verändert vieles. Wer von KI getäuscht oder benachteiligt wird, verdient Schutz. Wir GRÜNE wollen klare Regeln und eine starke Beschwerdestelle in Rheinland-Pfalz. Dafür sorgen wir für die finanziellen und personellen Ressourcen im Haushalt.

Verbraucherbildung von Anfang an – in der Schule, im Alltag

Junge Menschen brauchen Orientierung in einer Welt voller (Des)Informationen, unkontrollierter Werbung und digitaler Angebote. Damit sie selbstbestimmt entscheiden können, machen wir Verbraucher:innenbildung ab Klasse 9 zum festen Bestandteil im Unterricht. Lehrkräfte erhalten praxistaugliche Materialien und gezielte Fortbildungen. Dafür stellen wir die Mittel für erste Pilotprojekte bereit. So stärken wir Medienkompetenz und schützen von klein auf vor Kostenfallen und Manipulation.

Verbraucherzentrale stärken – direkte Beratung ausbauen

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz ist eine unerlässliche Partnerin an der Seite der Menschen. Wir wollen den Ausbau ihrer Angebote vor Ort unterstützen, vor allem dort, wo es bisher keine Anlaufstellen gibt, damit Jung und Alt

erreicht werden. Dafür setzen wir auf mobile Pop-up-Beratungen, vor allem in ländlichen Regionen, sowie auf aufsuchende Hilfe und mehr digitale Angebote. Ein wichtiger Meilenstein war und ist die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale, die wir auch weiter sichern möchten.

Gesundheit

Starke Krankenhäuser vor Ort

Bund und Länder haben eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg gebracht. Wir wollen die dafür nötigen Veränderungen in Rheinland-Pfalz schnellstmöglich umsetzen, mit dem Ziel, alle Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu behandeln. Dort, wo jetzt schon eine Versorgungslücke besteht, sollen “Regiokliniken” entstehen, die ambulante, stationäre und pflegerische Angebote vereinen.

Geburtshilfe stärken – Hebammen unterstützen

Alle notwendigen Geburtskliniken müssen erhalten bleiben.Schwangere und ihr Kind brauchen zum Schutz ihrer Gesundheit vor, während und nach der Geburt die bestmögliche Versorgung. Die Hebammenzentralen und hebammengeleiteten Kreißsäle in Rheinland-Pfalz haben diese Versorgung verbessert, deshalb wollen wir sie auch in weiteren Regionen des Landes fördern. Zur Unterstützung der ambulanten Hebammenversorgung, insbesondere in strukturschwachen Regionen, wollen wir eine flächendeckende, pauschale Niederlassungsförderung einführen. Wir setzen uns für eine faire Bezahlung der Hebammen und beste Rahmenbedingungen für eine 1:1-Betreuung bei der Geburt ein.

Prävention stärken!

Übergewicht ist zur neuen Volkskrankheit geworden. Der Entwicklung von Übergewicht soll durch verstärkte Gesundheitsaufklärung und frühzeitiger Erziehung zu gesunder Lebensweise bereits ab dem Kindergartenalter vorgebeugt werden.
Auch andere Maßnahmen der Gesundheitsprävention sollen stärker gefördert werden.

Psychische Gesundheit fördern

Psychisch erkrankte Menschen brauchen schnell psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung. Eine Reform der Bedarfsplanung auf Bundesebene ist dringend notwendig, um mehr Kassensitze für Therapeut:innen zu schaffen. Insbesondere die bisherige Versorgungsstruktur für Jugendliche und junge

Erwachsene muss verbessert werden. Wir wollen niedrigschwellige und unbürokratische Angebote für junge Menschen in Krisen fördern. Selbsthilfegruppen und insbesondere Psychosoziale Beratungsstellen wollen wir finanziell besser stellen, unterstützen und mehr in die Öffentlichkeit bringen. Wir wollen das Genesungsbegleitung als wichtiger Bestandteil der psychosozialen Versorgung anerkannt und strukturell verankert wird. Für erwachsene Menschen mit psychischen und geistigen Beeinträchtigungen wollen wir ein Kriseninterventionszentrum einführen.

Medizinischer Zugang für alle

Gute medizinische Versorgung muss für alle erreichbar sein, ohne Hürden und ohne Diskriminierung. Wir wollen das bereits im letzten Koalitionsvertrag vereinbarte Präventionsprojekt in Regionen mit geringer Lebenserwartung und hoher Krankheitslast praktisch umsetzen und das Konzept der Gesundheitskioske aufgreifen. Insbesondere die Gesundheitsversorgung von trans-, inter- und nicht binären Personen wollen wir verbessern. Für Wohnungslose fördern wir ein niedrigschwelliges, allgemeinmedizinisches Angebot. Wir werben weiter dafür, die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber:innen in den Kreisen und kreisfreien Städten einzuführen.

Für die Barrierefreiheit von bestehenden Arzt- und Therapiepraxen starten wir ein Förderprogramm. Medizinische Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderungen (MZEB) bauen wir aus und vernetzen sie mit Angeboten vor Ort.

Gesundheitliche Auswirkungen der Klimakrise begrenzen

Die Klimakrise belastet zunehmend sowohl die Gesundheit der Menschen als auch das Gesundheitssystem. Wir werden den Landeshitzeaktionsplan weiterentwickeln und wollen die Kommunen verpflichten, eigene Hitzeaktionspläne zu erlassen und umzusetzen. Wir wollen außerdem Klimaanpassungsmaßnahmen der gesundheitlichen Einrichtungen und klimaneutrale und klimaresiliente Krankenhäuser voranbringen und fördern.

Ambulante Versorgung sichern

Die Menschen brauchen eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzt:innen im ganzen Land. In Regionen mit weiten Wegen zu medizinischen Einrichtungen setzen wir uns für Bürgerbusse, Hol- und Bringdienste (z. B. Therapietaxis) und mobile ärztliche Praxen mit Sprechstunden vor Ort ein. Telemedizinische Angebote bauen wir aus. Wir wollen weiter Kommunen fördern, die Medizinische Versorgungszentren (MVZ) gründen wollen. Zur niedrigschwelligen ambulanten Versorgung wollen wir “Community Health Nurses” einführen.

Wer sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheidet, muss eine angemessene Versorgung erhalten. **Wir setzen uns dafür ein, dass Krankenhausförderung dazu beiträgt, wohnortnahe und sichere Angebote zum Schwangerschaftsabbruch zu sichern.** Zur Behandlung von Endometriose fördern wir entsprechende Zentren.

Wir wollen auch die Erforschung und Behandlung von Long Covid und ME/CFS vorantreiben.

Durch eine Sensibilisierung von Ärzt:innen, nichtärztlichen Gesundheitsfachkräften und Multiplikator*innen wollen wir auch die Zugänge zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) und Post-Expositions-Prophylaxe (PeP) zum Schutz vor HIV und Aids erleichtern.

90/90/90 Ziel für Rheinland-Pfalz - HIV und Aids bekämpfen

Die Chance das HI-Virus zu besiegen ist keine Vision mehr, sondern real vorhanden. Unser Ziel ist es, AIDS bis 2030 zu beenden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen bis 2025 90 Prozent der HIV-infizierten Menschen ihren Status kennen, 90 Prozent dieser Menschen sollen in Behandlung sein und bei 90 Prozent der Behandelten eine nachhaltige Unterdrückung der Viruslast stattfinden. Zum Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit HIV oder AIDS bauen wir die Unterstützung für Aufklärungsprojekte und Unterstützungsangebote aus. Für einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang sollte jede*r den eigenen Status kennen. Deswegen sollen die Möglichkeiten der Schnelltests zur HIV Erkennung weiter ausgebaut werden.

Gesundheitssystem solidarisch finanzieren

Wir wollen eine allgemeine Bürgerversicherung. Solange diese auf Bundesebene nicht umgesetzt wird, ermöglichen wir den Beamt:innen in Rheinland-Pfalz ein Wahlrecht für den Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

Regionale Gesundheitsplanung zur sektorenübergreifenden Versorgung

Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient:innen ausrichten. Wir GRÜNE wollen daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft einführen und regionale Modellprojekte zur sektorenübergreifenden Versorgung (“Gesundheitsregionen”) anstoßen – zunächst insbesondere in unterversorgten Regionen. Wir wollen die gemeinsame ambulante und stationäre Versorgungsplanung stärker voranbringen und dazu das gemeinsame Landesgremium stärken.

Notfallversorgung verbessern

Wenn Hilfe gebraucht wird, muss sie schnell sein. Dazu kann auch ein 24 Stunden einsatzbereiter Rettungshubschrauber mit Nachtflugtauglichkeit an einem geeigneten Standort beitragen. Die Krankenhäuser und die Kassenärztliche Vereinigung unterstützen wir beim Aufbau Integrierter Notfallzentren (INZ), sobald bundesgesetzliche Grundlagen dafür bestehen.

Durch das Etablieren von First Respondern und mobile Retter ist es gelungen die Notfallversorgung gerade in den ländlichen Regionen zu verbessern. Wir werden dieses Konzept weiter fördern um eine schnelle Erstversorgung durch lokal vorhandene Ressourcen zu optimieren.

Gesundheitsfachberufe weiter schulgeldfrei

Die Gesundheitsfachberufe sind wichtig für viele begleitende Therapien. Die Ausbildung ist seit 2022 schulgeldfrei. Wir setzen uns dafür ein, dass das so bleibt und das Land weiter die Ausbildungskosten übernimmt, um den Bedarf an Fachkräften in diesen Berufen zu erfüllen.

Sichere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen

Wer hilft, verdient besonderen Schutz. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Gewalt im Gesundheitswesen. Ärzt*innen, Pflegekräfte und Rettungsdienste brauchen Sicherheit, Respekt und gute Arbeitsbedingungen. Wir fördern Deeskalationstrainings, Sicherheitskonzepte, sichere Arbeitsumgebungen und konsequente Strafverfolgung bei Übergriffen.

Drogenpolitik

Wir stellen in der Drogenpolitik den Schutz von Gesundheit und Menschenwürde in den Mittelpunkt. Als GRÜNE setzen wir uns für Prävention, Aufklärung und wirksame Hilfsangebote statt Strafverfolgung ein.

Cannabis-Schwarzmarkt weiter austrocknen – Legalisierung zu Ende bringen

Die Teillegalisierung von Cannabis ist eine große Errungenschaft der vergangenen Bundesregierung mit GRÜNER Beteiligung. Die neuen Regeln unterscheiden klar zwischen Menschen ab 18 Jahren, für die der Konsum und Besitz in Grenzen legalisiert wurde, und Kindern und Jugendlichen, die durch klare Verbote und Abstandsregelungen geschützt werden. Damit konnte der Jugendschutz deutlich verbessert werden. In Rheinland-Pfalz haben wir das Cannabis-Gesetz mit einem moderaten Bußgeldkatalog und unbürokratischen Genehmigungen von Anbauvereinigungen umgesetzt. Die Teillegalisierung darf jedoch nicht auf halbem

Wege stehen bleiben. Nur durch die kontrollierte Abgabe von Cannabis in staatlich regulierten Abgabestellen kann der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden. Deshalb setzen wir uns für die schnellstmögliche Umsetzung der zweiten Säule der Legalisierung durch entsprechende Modellprojekte auch in Rheinland-Pfalz ein. Wir möchten sowohl eine Entkriminalisierung als auch einen besseren Schutz der jungen Erwachsenen erreichen. Daher setzen wir verstärkt auf Aufklärung und Prävention.

Niedrigschwellige Drogen- und Suchthilfe

Das Hilfs- und Beratungssystem für abhängige Menschen muss auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sein, um gesundheitliche Risiken zu verringern. Daher wollen wir die niedrigschwelligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe weiter ausbauen: Wir setzen uns für Spritzentauschprogramme, Drogenkonsumräume und Informationsmöglichkeiten ein. Insbesondere wollen wir dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und endlich auch in Rheinland-Pfalz Substanzanalysen (Drug-Checking) ermöglichen, um Menschen vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen. Gerade bei großen Festivals wie Rock am Ring oder der NatureOne braucht es eine Drug-Checking-Offensive des Landes. Aufklärung und Prävention über die Risiken aller Drogen und Abhängigkeiten wollen wir stärken, insbesondere an den Schulen und in der Jugendarbeit. Einem übermäßigen Alkoholkonsum unter Jugendlichen und Erwachsenen wollen wir durch Programme begegnen, die einen bewussten Konsum zum Ziel haben.

Würde, Teilhabe und Leben im Alter, Pflege

Potenziale älterer Menschen nutzen
Ältere Menschen sind keine Pflegefälle, sondern tragende Säulen unserer Gesellschaft. Sie verfügen über Lebenserfahrung, Kompetenzen und Zeit, die sie einbringen möchten. Wir GRÜNE wollen eine Altenpolitik, die Würde, Selbstbestimmung und aktive Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Der vierte Lebensabschnitt ist eine Chance, Gesellschaft mitzugestalten – in Nachbarschaften, Initiativen, Vereinen und Kommunen. Wir setzen uns für inklusive Gemeinden ein, in denen ältere Menschen gleichberechtigt am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben und ihre Interessen selbst vertreten können. Wir setzen uns für ein entsprechendes Seniorenfördergesetz ein.
Sorgende Gemeinschaften aufbauenDie meisten älteren Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig in ihrer vertrauten Umgebung leben. Dafür braucht es keine institutionellen Großlösungen, sondern starke, solidarische Gemeinschaften. Wir GRÜNE fördern nachbarschaftliche Netzwerke, Mehrgenerationenprojekte und neue Wohnformen wie Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall. Gemeinschaftliche Ressourcen wie Nachbarschaftshilfe, Besuchsdienste, gemeinsame Mobilität und digitale Vernetzung sind vorzuziehen, bevor professionelle Pflege

notwendig wird.

Das Saarburger Modell zeigt exemplarisch, wie dies gelingen kann: Durch Dorfgesundheitshütten, gemeinsame Dorfmobile, Permakultur-Gärten und Nachbarschaftsgruppen via Messenger-Dienst entstehen sorgende Gemeinschaften von unten. Gesundheitsförderung und Prävention werden zur kommunalen Aufgabe, ältere Menschen bleiben aktiv und eingebunden. Wir setzen uns für die Verbreitung solcher Modelle und ihre Unterstützung durch Land und Kommunen ein.Kommunale Mitbestimmung stärken
Ältere Menschen müssen ihre Lebensumgebung mitgestalten können. Wir GRÜNE fördern kommunale Seniorenvertretungen mit echten Mitspracherechten und verbesserte Beteiligungsformate bei der Orts- und Quartiersentwicklung. Bei der Pflegestrukturplanung müssen die Betroffenen selbst am Tisch sitzen. Wir setzen uns für eine kommunale Pflegekonferenz ein, in der ältere Bürger:innen, Angehörige, Kommunen und Träger gemeinsam über bedarfsgerechte Angebote entscheiden. Die Förderung von Projekten muss transparent und partizipativ erfolgen.Innovative Konzepte fördern
Gute Altenpolitik denkt Lebensqualität, Sinnhaftigkeit und Gemeinschaft zusammen. Beispielsweise verbinden Pflegebauernhöfe bäuerliche Landwirtschaft mit Pflege und schaffen so Orte, an denen ältere Menschen mit Unterstützungsbedarf aktiv am Hofleben teilhaben, Tiere versorgen und im Garten arbeiten können. Solche Konzepte zeigen: Pflege kann mehr sein als Versorgung – sie kann Teilhabe, Naturverbundenheit und Würde ermöglichen. Wir GRÜNE unterstützen innovative Ansätze, die über klassische Heimversorgung hinausgehen.Pflegende Angehörige unterstützenEin Großteil der Pflegebedürftigen wird im häuslichen Umfeld von Angehörigen gepflegt – oft rund um die Uhr und über Jahre hinweg. Diese Leistung ist unbezahlbar und verdient höchste Anerkennung. Doch pflegende Angehörige stoßen häufig an ihre Grenzen: gesundheitlich, finanziell und sozial. Wir GRÜNE setzen uns für wirksame Entlastung ein. Dazu gehören der Ausbau von ambulanter Pflege, Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie niedrigschwellige Angebote wie Quartiersstützpunkte oder Nachbarschaftszentren mit stundenweiser Betreuung. Pflegende Angehörige brauchen Beratung, Schulung und psychosoziale Unterstützung – sowie die Möglichkeit, Beruf und Pflege besser zu vereinbaren. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Pflegezeit zur Freistellung von der Arbeit ein, die mit einer Lohnersatzleistung verbunden ist.

Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ins Leben rufen, um berufstätige pflegende Angehörige nachhaltig zu unterstützen.

Professionelle Pflege als Teil eines GanzenProfessionelle Pflege bleibt unverzichtbar, wenn Unterstützungsbedarf komplex wird. Pflegekräfte mit umfassender Ausbildung brauchen bessere Arbeitsbedingungen, angemessene

Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir fördern neue Ausbildungsmodelle wie Teilzeitausbildung und duale Formate sowie eine modulare Weiterbildung. Auch nicht-ärztliches Personal wie Advanced Practice Nurses soll mehr Verantwortung übernehmen können. Bei der Akquise von Fachkräften aus dem Ausland setzen wir uns für faire Anerkennungsverfahren, Sprachförderung und die Unterstützung durch Integrationslots:innen ein. Die Initiative für Pflegekräfte wollen wir auf Menschen mit Behinderungen ausweiten (Assistenz und Dienste). Wir fördern geschlechter-, LSBTIQ*- und kultursensible Angebote und Einrichtungen.Wir bekennen uns zur Pflegekammer als Vertretung der professionellen Pflege. Um deren Akzeptanz innerhalb der Berufsgruppe zu fördern, fordern wir gute Rahmenbedingungen, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu garantieren. Die Rahmenbedingungen für Weiter- und Fortbildungsangebote der Pflegefachpersonen müssen zwischen Pflegekammer, Land und Arbeitgeber abgestimmt werden.

Integration

Migration und Integration: menschlich, klar, gerecht

Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz die Chance auf ein gutes Leben haben – egal, woher sie kommen. Wir öffnen Wege für Menschen, die bei uns leben und arbeiten möchten. Und wir begegnen Menschen, die bei uns Schutz suchen, mit Menschlichkeit und Weitblick. Wir wollen Integration, die im Alltag funktioniert.

Ankommen in Rheinland-Pfalz – gut organisiert und menschlich

Flucht und Migration prägen unsere Zukunft – sie entscheiden mit über Zusammenhalt, Demokratie und Menschlichkeit. Wir wissen: Rheinland-Pfalz lebt von Zuwanderung, wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Und wir bleiben ein Land, das Menschen in Not aufnimmt. Darum machen wir Integration zu einer dauerhaften, strukturell verankerten Aufgabe, die in allen Politikfeldern mitgedacht wird. Auch unter den engen europäischen und bundespolitischen Vorgaben werden wir alle vorhandenen Spielräume ausschöpfen, um Geflüchtete menschlich aufzunehmen, Integration zu fördern und Menschenrechte zu wahren.
In dieser Legislaturperiode haben wir ein verlässliches System geschaffen, das den Kommunen Sicherheit gibt und auch bei schwankenden Ankunftszahlen trägt. Damit haben wir gezeigt: gute Strukturen in der Aufnahme funktionieren. Darauf wollen wir aufbauen.
Wir wollen, dass Ankommen von Anfang an gelingt.
Menschen sollen möglichst rasch aus Erstaufnahmeeinrichtungen in unsere Städte und Dörfer ziehen können – dorthin, wo Teilhabe, Begegnung und Zukunft beginnen. Dafür stärken wir die Kommunen gezielt beim Ausbau ihrer Aufnahmekapazitäten und schaffen Raum für gutes Ankommen in Rheinland- Pfalz.
Unser Ziel ist es, Integration von Anfang an noch besser zu gestalten mit

starker sozialer Begleitung vor Ort.
Besonders wichtig ist uns, dass alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich Zugang zu Schule und Bildung erhalten. Denn Bildung schafft Struktur eröffnet Perspektiven und gibt ein Stück Alltag zurück. Wir wollen Integrationspolitik als zentrale Querschnittsaufgabe mit klaren Zuständigkeiten
und transparenter Finanzierung weiterentwickeln, um Land und Kommunen langfristige
Planungssicherheit zu geben.

Integration aus einem Guss

Integration gelingt vor allem im Arbeitsmarkt, Einwanderung nur mit Integrationsmaßnahmen wie Deutsch-und Welcome-Kursen und Asylrecht kann nur effizient durchgesetzt werden, wenn es rechtssicher und zentral organisiert ist. Wir schaffen daher ein Landesamt für Integration, Einwanderung und Rückführungen. Damit übernehmen wir als Land Verantwortung, bündeln Kompetenzen an einer Stelle und entlasten die kommunalen Behörden langfristig in allen Bereichen der Integrationspolitik.

Integration gelingt, wenn sie vor Ort passiert. Deshalb haben wir in allen Kommunen Integrationsmanager:innen eingeführt. Dieses Programm führen wir in enger Abstimmung mit den Akteur:innen vor Ort fort.

Integration ist für uns eine staatliche Daueraufgabe. Daher wollen wir mit einem rheinland-pfälzischen Integrationsgesetz dafür sorgen, dass es in Zukunft klare, belastbare und abgesicherte Regeln und Strukturen gibt.

Dabei wollen wir sicherstellen, dass Integration in allen Regionen auf verlässlichen Grundlagen erfolgt. Dafür streben wir landesweit nachvollziehbare Qualitätsstandards und regelmäßige Berichtsformate an, um gute Praxis sichtbar zu machen und Weiterentwicklungen zu fördern.

Die Kooperationsstrategie Integration bleibt für uns eine wichtige Grundlage, um die Bedürfnisse derjenigen zu erkennen, die Integrationsarbeit vor Ort leisten, und um gezielte Unterstützungsangebote zu entwickeln. Wir wollen diese Zusammenarbeit mit klaren Zuständigkeiten und dauerhaft tragfähigen Finanzierungsmodellen weiter stärken.

Eine leicht zugängliche Beratung im Alltag ist zentral, damit Zugewanderte Orientierung finden und ihre Rechte kennen. Wir setzen uns daher für niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote ein und prüfen den Ausbau unabhängiger Anlaufstellen zur rechtlichen und sozialen Unterstützung.

Wir fördern Begegnungsräume und unterstützen Nachbarschaftsprojekte,

Mehrgenerationenhäuser und Jugendzentren als Orte sozialer Integration. Denn gesellschaftliche Teilhabe entsteht dort, wo Menschen einander begegnen. Ein flächendeckendes Netz von Sozialdiensten und gezielter Familienhilfe ist zentral, um Menschen beim Ankommen in unserer Gesellschaft zu unterstützen, ebenso wie die Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort – diese Strukturen wollen wir nachhaltig stärken.

Wir fördern niedrigschwellige Beratung im Alltag und setzen uns bei der Bundesregierung dafür ein, dass Familiennachzug auch für volljährige Kinder wieder möglich wird.

Denn nur wer keine Angst um Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen. Gutes Ankommen braucht angemessenen Wohnraum. Wir fördern die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und unterstützen Kommunen und private Akteur:innen beim Aufbau fairer und dauerhafter Strukturen – etwa durch Wohnraumbörsen, kommunale Anreize und Koordinierungsstellen für Menschen mit Vermittlungshemmnissen. Mit einem landesweiten Monitoring gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wollen wir bestehende Benachteiligungen sichtbar machen und gezielt abbauen.
Humanität ist für uns nicht verhandelbar. Bei der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) auf Landesebene stellen wir Humanität und Menschenrechte in den Vordergrund.

Sprache und Arbeit – Schlüssel zur Teilhabe

Deutsche Sprache ist der Schlüssel zu Arbeit und sozialer Teilhabe. Deshalb haben wir mit dem „Haus der Sprachmittlung“ einen starken Standard gesetzt. Wir erwarten vom Bund, dass er die Deutschkurse bedarfsgerecht ausbaut, sodass alle schnell Zugang erhalten.
Wir fordern den Ausbau professioneller Sprachmittlung, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Viele Migrant:innen bringen Mehrsprachigkeit als wertvolle Kompetenz mit. Wir wollen dieses Potenzial sichtbar machen und fördern – ob als Vorteil für unsere Wirtschaft, im Bildungswesen oder in der Sprachmittlung. So wird Vielfalt zu einem echten Standortvorteil.
In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Kompetenzen frühzeitig erkannt und passende Qualifizierungen begonnen werden. Lehrkräfte sollen besser bezahlt werden – so stärken wir die Qualität von Anfang an. Auch berufsbegleitende Deutschkurse, mehr Kinderbetreuung und gezielte Angebote für geflüchtete Frauen erleichtern den Weg in Arbeit und fördern die soziale Teilhabe.
Dazu gehören die Förderung digitaler Lernformate und die Fahrtkostenhilfe für mobile Sprachförderung. Wir setzen uns dafür ein, dass Sprachförderangebote möglichst frühzeitig beginnen können und der Zugang zu weiterführenden Deutschkursen auf höherem Niveau verbessert wird
Gemeinsam mit dem Bund wollen wir darauf hinwirken, dass Sprachförderung von

Beginn an flächendeckend und verlässlich zur Verfügung steht. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt **und die Standards für den Nachweis formaler Qualifikationen angemessen gesenkt werde.**

Viele Geflüchtete mussten ihre Schule oder Ausbildung unterbrechen– sie verdienen faire Chancen zum Neustart. Zudem schaffen wir Förderprogramme für Menschen mit Migrationsgeschichte sowie gezielte Programme und Zertifikate z.B. zur Integration Geflüchteter in Gesundheitswesen, Pflege und Verwaltung. Übergangscoaches für Ausbildung/Beruf sowie spezifische Programme für Frauen, Jugendliche und andere benachteiligte Gruppen sind dabei unser Weg.
So schaffen wir Chancen, stärken Integration und gewinnen Fachkräfte, die unser Land braucht.

Wir GRÜNE wollen, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf Bundesebene erhalten bleibt – mit Spurwechsel und klaren Bleiberechten für Menschen, die hier arbeiten oder eine Ausbildung machen möchten. Wer integriert ist und seinen Lebensunterhalt selbst bestreitet, soll nicht abgeschoben werden.

Schutz für besonders Betroffene

Viele Geflüchtete sind in besonderem Maße schutzbedürftig. Gefährliche Fluchtrouten und gewaltsame Konflikte im Herkunftsland tragen dazu bei. Deshalb haben wir die psychosoziale Versorgung in der vergangenen Legislaturperiode massiv gestärkt. Diese Unterstützung bauen wir weiter aus.

Zusätzlich etablieren wir explizite psychosoziale Angebote für Opfer von Hasskriminalität.

So erkennen wir, wer besondere Hilfe braucht und können frühzeitig Unterstützung anbieten. Geflüchtete Frauen wollen wir besser schützen, etwa durch neue Regelungen im Gewalthilfegesetz auf Bundesebene. Dafür setzen wir uns für eine Regelung auf Bundesebene ein, damit geflüchtete Frauen und Kinder in Not in Rheinland-Pfalz eine sichere Zukunft haben. Durch die datenschutzkonforme Weitergabe von Informationen an die Kommunen sichern wir Kontinuität in der Unterstützung.

Wir wollen, dass besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig erkannt und gut begleitet werden. Dazu gehören verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen, ein systematisches Screening auf Schutzbedarfe und eine starke psychosoziale Versorgung mit verlässlicher Finanzierung.

Wir wollen dass Integration einen höheren Stellenwert erhält bei der Frage, wer hierbleiben darf. Solche Familien, Kinder und Jugendliche, aber auch Menschen

die arbeiten sollen nicht abgeschoben werden. Wer schwere Straftaten begeht und sich gegen unser Grundgesetz stellt, soll hingegen das Land verlassen müssen.

Wir wollen, dass besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig erkannt und gut begleitet werden. Dazu gehören verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen, ein systematisches Screening auf Schutzbedarfe und eine starke psychosoziale Versorgung mit verlässlicher Finanzierung. Durch die datenschutzkonforme Weitergabe von Informationen an die Kommunen sichern wir Kontinuität in der Unterstützung.

Wir stehen zum Instrument der Härtefallkommission und setzen uns weiter für die Akzeptanz des Kirchenasyls ein.

Unsere Zivilgesellschaft wird durch vielfaches Engagement gestärkt. Engagierte in der solidarischen Flüchtlingsarbeit und in der Demokratiearbeit sind in hohem Maße von Hasskriminalität betroffen. Auch andere Personengruppen erleben zunehmend Angriffe. Wir etablieren neue psychosoziale Angebote für Opfer von Hasskriminalität.

Zuflucht bieten und Menschen schützen
Wir GRÜNE stehen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Asylpolitik. Wir fördern zivilgesellschaftliche Initiativen, NGOs ebenso wie innovative Projekte und arbeiten eng mit ihnen zusammen. Wir schützen sie vor rechter Diffamierung und demokratiefeindlichen Angriffen.
Besonders schutzbedürftige Menschen – etwa Familien, Kinder oder Traumatisierte – erhalten besondere Unterstützung und Zugang zu passgenauen Hilfsangeboten.
Wir prüfen Abschiebestopps für vulnerable Gruppen und Möglichkeiten für Landesaufnahmeprogramme für besonders schutzbedürftige Menschen.
Wir GRÜNE unterstützen Kommunen, die sich als sichere Häfen engagieren und freiwillig mehr Geflüchtete aufnehmen möchten.
Wir fördern Austausch und Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen, um Integration, Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung zu stärken Wir stehen für eine Asylpolitik, die Menschenwürde wahrt. Haftähnliche Unterkünfte im Rahmen der GEAS Reform vor allem für vulnerable Gruppen , z.B. Familien und Kinder, haben darin keinen Platz.

Demokratie durch Teilhabe stärken

Wer hier lebt, soll mitentscheiden dürfen. Deshalb kämpfen wir weiter für ein kommunales Wahlrecht für alle – unabhängig vom Pass. Und wir wollen, dass auch EU-Bürger:innen, die in Rheinland-Pfalz leben, bei Landtagswahlen wählen können.

Demokratie lebt von Beteiligung. Deshalb setzen wir uns für eine Ausweitung politischer Teilhaberechte für alle Menschen ein, die dauerhaft in Rheinland-Pfalz leben. Wir unterstützen auf Bundesebene Initiativen für ein kommunales Wahlrecht unabhängig vom Pass und für die Erweiterung des Wahlrechts von EU-Bürger:innen.
Auf Landesebene stärken wir die Beteiligung von Migrant:innen an kommunalen Entscheidungsprozessen – über das Wahlrecht hinaus. Dazu fördern wir Migrations- und Integrationsbeiräte, politische Bildung in allen Gemeinden.

Unterstützung für die Zivilgesellschaft

Wir stehen an der Seite der vielen Menschen, die sich tagtäglich für Geflüchtete und ein solidarisches Miteinander einsetzen. Gegen rechte Hetze und Ausgrenzung setzen wir klare Haltung und konkrete Unterstützung. Dieses Engagement stärken wir weiter – durch systematische Vernetzung und strukturelle Förderung migrantischer Selbstorganisationen, Netzwerke, Vereine, Nachbarschaftsarbeit und Begegnungsräume. Wir fördern das Ehrenamt und schaffen dafür hauptamtliche Anlaufstellen und Lots:innenprogramme. Ebenso stärken wir Quartiersarbeit und lokale Demokratiearbeit, um Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalt dauerhaft zu sichern.

Frauen und Gleichstellung Wir Grüne sind seit unserer Gründung eine feministische Partei und treten auch heute entschieden für echte Gleichstellung ein. Mit unserer Frauenquote haben wir Geschichte geschrieben und dafür gesorgt, dass mehr Frauen in die Parlamente und politische Ämter gekommen sind. In den letzten Jahrzehnten konnten viele wichtige Fortschritte erreicht werden, doch antifeministische Bestrebungen drohen, diese rückgängig zu machen. Wir Grüne treten diesem Backlash entschieden entgegen.

Für echte Gleichstellung

Wir fordern den Bund auf, das Ehegattensplitting endlich zu reformieren und durch ein gerechtes, individuelles Steuermodell zu ersetzen, da es Frauen strukturell benachteiligt und nicht mehr zu den Lebensrealitäten vieler Familien passt.

Wir wollen ein landesweites Programm „Entgeltgleichheit jetzt!“ zur Förderung von Unternehmen, die freiwillig Gehaltsanalysen durchführen und Lohnlücken, die sogenannte Gender Pay Gap, schließen. Hier können wir uns Beratungs- und Audit-Angebote, anlehnend an das ‚Logib-D‘, vorstellen. Wir flankieren dies durch die öffentliche Auszeichnung ‚Fair Pay RLP‘ für Unternehmen mit nachweislich gerechter Entgeltstruktur, als faire Arbeitgeber. Zudem wollen wir Projekte fördern, die die gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit in Familien stärken.Gleichstellungsbeauftragte sind in den Behörden und den Kommunen

wichtige Expertinnnen um konkret die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben. Wir treten Angriffen auf diese engagierten Frauen und ihre Arbeit entschieden entgegen! Wir werden uns dafür einsetzen, die Position der Gleichstellungsbeauftragten im Rahmen der Gemeindeordnung zu stärken. **Wir setzen uns weiterhin für mehr Frauen Führungspositionen sowie politischen Ämtern ein. Unter anderem soll daher die Kampagne "Mehr Frauen in die Kommunalpolitik" fortgeführt und weiterentwickelt werden.**

Gewalthilfegesetz konsequent und gemeinsam umsetzen

Der konsequente Schutz von Frauen vor Gewalt erfordert eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Beim Ausbau der Frauenhäuser haben wir große Fortschritte gemacht und insbesondere mit der Einrichtung von Second-Stage-Wohnungen dafür gesorgt, dass Frauen, die das Frauenhaus verlassen wollen, eine Übergangsmöglichkeit auf dem Weg zurück in die Eigenständigkeit zur Verfügung steht. Den Ausbau **und die Stärkung** der Frauenhäuser und Second-Stage-Wohnungen, der Frauennotrufe und der Interventionsstellen werden wir fortführen und die Istanbul-Konvention in Rheinland-Pfalz vollständig umsetzen und forcieren . Das Gewalthilfegesetz der Ampelregierung sichert betroffenen Frauen ab dem 1. Januar 2032 bundesweit einen individuellen Rechtsanspruch auf kostenfreien Schutz und Beratung zu. Wir GRÜNE setzen uns uneingeschränkt für eine konsequente Umsetzung des Gewalthilfegesetzes ein. Dabei berücksichtigen wir die Bedarfe besonders vulnerabler Gruppen wie wohnungsloser Frauen, Frauen mit Behinderung, geflüchteter Frauen, trans* Frauen und Frauen in der Prostitution. Darüber hinaus muss der Gewaltschutz im Familienrecht verankert werden. Gewaltschutzmassnahmen sind zwar bereits über das Gewaltschutzgesetz im Familienrecht anwendbar, doch es ist wichtig, entsprechende Maßnahmen im familiengerichtlichen Verfahren umfassender zu verankern. So können wir besonders Frauen und Kinder wirksamer vor häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt schützen.

Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für weitere rechtliche Verbesserungen im Schutz vor Übergriffen und Gewalt ein, wie beispielweise Ddas Unterstrafestellen von Catcalling.

Gewalt vorbeugen

Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik. Eine umfassende Gleichstellungspolitik stärkt sozialen Zusammenhalt. Davon profitieren Frauen und Männer gleichermaßen. Sie betrifft alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Junge Menschen erleben zugleich eine zunehmende Verrohung in sozialen Netzwerken, ein Erstarken antifeministischer Tendenzen und eine Erosion demokratischer Grundwerte, für die insbesondere Jungs und junge Männer anfällig sind. Hier wollen wir früh

ansetzen, auch um der gesellschaftlichen Spaltung zwischen jungen Männern und jungen Frauen entgegenzuwirken. Die Stärkung von Demokratiekompetenz und Konfliktlösungsfähigkeit ist der effektivste Schutz vor späterer Gewalt. Dazu wollen wir unter anderem Angebote für Jungen und junge Männer stärken, aber auch die Täterarbeitseinrichtungen weiter unterstützen. Sexualaufklärung soll junge Menschen stärken – mit einem Fokus auf Selbstbestimmung statt Klischees.

Frauengesundheit fördern

Wir machen uns für bessere Zugänge zu Schwangerschaftsabbrüchen stark und setzen uns auf Bundesebene weiter für die Abschaffung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch ein. Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche sollen rechtmäßig und nicht nur straffrei sein. Sie sollen Teil einer guten wohnortnahen Gesundheitsversorgung sein und zudem selbstverständlicher Bestandteil der medizinischen Ausbildung werden, damit überall im Land eine qualifizierte Versorgung gewährleistet ist.Ebenso wollen wir freien Zugang zu Periodenartikeln ermöglichen sowie flächendeckend kostenfreie Verhütungsmittel.

Wir wollen Forschung zu gendersensibler Medizin stärken und setzen uns für den Wissenstransfer in die medizinische Versorgung ein.

Antidiskriminierung

Gleiche Rechte und Schutz vor Diskriminierung

Wir wollen, dass alle Rheinland-Pfälzer:innen – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder Alter – sich in allen Lebensbereichen frei entfalten können. Das gilt für ihren Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder im öffentlichen Raum. Deshalb greifen wir mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz dort ein, wo Menschen bislang nicht ausreichend geschützt wurden und geben ihnen konkrete Möglichkeiten, sich konsequent zu wehren. Wir setzen uns für eine Beweiserleichterung im Diskriminierungsrecht ein, um den Opferschutz zu stärken. Wir wollen den Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortführen, evaluieren und weiterentwickeln. Er ist ein wichtiges Werkzeug zur Vernetzung, zur Stärkung von Strukturen und Entwicklung neuer Ideen und Ansätze. Dazu gegehören Antirassismus-Workshops in Schulen und Behörden, die Integration von Menschenrechts- und Antidiskriminierungsbildung und besondere Aufklärungskampagnen gegen Fake News und rassistische Narrative. Wir stärken die Verzahnung von Inklusions- und Antidiskriminierungspolitik. Diskriminierung wegen Behinderung wird als strukturelle Benachteiligung anerkannt und durch das Landesantidiskriminierungsgesetz ausdrücklich erfasst.

Beratung, Prävention und konsequentes Handeln

Wir bauen die Beratungsstellen gegen Diskriminierung im Land aus – barrierefrei, unabhängig und mehrsprachig. Wir fördern Vielfalt in der Verwaltung, damit sie die Gesellschaft besser abbildet.Wir sichern Projekte, die die Bildung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Kitas, Schulen, Jugendzentren und in der Polizei stärken. Dazu zählt die Einführung eines Antirassismus-Workshop-Programms für Schulen und Behörden. . Menschenfeindliche Vorfälle richten sich nicht nur gegen Einzelne. Sie gefährden unser gesellschaftliches Miteinander sowie unsere Demokratie und verletzen die Menschenrechte . Die Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz wollen wir deshalb in ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen. Jeder gemeldete Vorfall trägt dazu bei, das Dunkelfeld weiter aufzuhellen. Damit Betroffene schnell die richtige Hilfe bekommen, wollen wir den digitalen Beratungskompass kontinuierlich weiterentwickeln.

Religion und Weltanschauung

Rheinland-Pfalz ist ein Land der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt – und das ist eine Stärke. Menschen sollen ihre religiöse oder weltanschauliche Identität frei leben können, in einer offenen, demokratischen und inklusiven Gesellschaft. Religiöse und weltaunschauliche Vielfalt ist kein Problem, sondern Teil der Lösung für ein friedliches Zusammenleben und gesellschaftliche Resilienz.

Für uns GRÜNE ist der Grundsatz der Gleichbehandlung selbstverständlich. Der Islam gehört zu Rheinland-Pfalz und soll in Schulen, auf Friedhöfen und bei Feiertagsregelungen stärker berücksichtigt werden. Wir befürworten neben dem christlichen und jüdischen Religionsunterricht den Aufbau eines islamischen Religionsunterrichts und wollen perspektivisch einen gemeinsamen Unterricht fördern, in dem religionskundliche und ethische Inhalte dialogisch vermittelt werden.

Staatliche Regelungen sollen das religiöse oder weltanschauliche Leben ermöglichen, nicht einschränken. Deshalb wollen wir Tanzverbote an Feiertagen aufheben und die Regelungen auf den Schutz religiöser Veranstaltungen konzentrieren. Ebenso stehen wir einer bundesweiten Ablösung der Staatsleistungen an Kirchen offen gegenüber.

Die Unterstützung der jüdischen Gemeinden bleibt Teil unserer historischen Verantwortung. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus haben keinen Platz. Die Beauftragten der Landesregierung für jüdisches Leben, Antisemitismus- und Antiziganismusfragen wollen wir fortführen und stärken.

Ein friedliches Miteinander wird auch bestimmt durch ein gutes Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen. Rheinland-Pfalz soll Vorreiter

einer transkulturellen Öffnung werden. Wir entwickeln dafür eine ressortübergreifende Strategie, sichern die nötigen Ressourcen und erarbeiten die Konzepte gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partner:innen.

Wir setzen auf Dialog statt Spaltung: Religion kann Gemeinschaft stiften, Werte vermitteln und Demokratie stärken. Religiöse Akteur:innen sind für uns Partner:innen für Respekt, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Religiöse Werte wie Nächstenliebe, Solidarität und Bewahrung der Schöpfung verbinden sich mit grüner Politik – für eine Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde leben können.

Queerpolitik

Schutz und Prävention ausbauen

Gewalt und Anfeindungen gegen queere Menschen nehmen auch in Rheinland-Pfalz in erschreckendem Ausmaß zu. Das akzeptieren wir nicht. Wir GRÜNE setzen uns entschieden dafür ein, dass in unserer Landesverfassung Artikel 4 folgendermaßen ergänzt wird "einer sexuellen Identität". So soll Queerfeindlichkeit auch zukünftig entschieden bekämpft werden. Wir stehen klar und unerschütterlich an der Seite der queeren Community. Unser Ziel ist ein Land, in dem alle Menschen frei, sicher und selbstbestimmt leben können – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität oder Familienform.

Den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ werden wir konsequent weiterentwickeln und den modernen Herausforderungen anpassen. Queere Zentren werden wir durch institutionelle Förderungen in allen Oberzentren fördern und dort Schutzräume, Beratung und Begegnung bieten. Auf Landesebene wollen wir den Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen,Geschlechtsidentität um Antidiskriminierung ergänzen und zu einer eigenständigen und noch schlagkräftigeren Stelle machen, ausgestattet mit klaren Kompetenzen und Ressourcen.

Mit einer Lebenslagenstudie für Rheinland-Pfalz oder der Beteiligung an einer bundesweiten Studie wollen wir das Dunkelfeld der Gewaltbetroffenheit queerer Menschen erhellen, um daraus Maßnahmen für einen besseren Schutz abzuleiten. Auch die Einrichtung einer Fachstelle zur Unterstützung queerer Geflüchteter soll zu einem wirksameren Gewaltschutz beitragen.

Das bildungspolitische Projekt „SCHLAU“ für Veranstaltungen im ganzen Land werden wir weiter stärken. Gleichzeitig modernisieren wir den Sexualkundeunterricht an Schulen, damit Vielfalt von Anfang an ihren Platz hat. Die Belange queerer Jugendlicher wollen wir auch in den Strukturen der Kinder-

und Jugendhilfe sowie in der Jugendarbeit stärker in den Fokus nehmen, um Diskriminierung zu verhindern. Fortbildungsangebote zum Thema Familienvielfalt verstetigen wir dauerhaft. Beratungsangebote für queere Menschen und ihre Angehörigen werden wir sichern und ausbauen – auch bei Polizei und Justiz, wo wir weitere spezialisierte Ansprechstellen schaffen.

Rechtliche Gleichstellung voranbringen

Queere Gleichstellung bedeutet auch, diskriminierende Gesetze zu beseitigen und moderne Familienrealitäten rechtlich abzusichern. Deshalb setzen wir uns für die Abschaffung des „Sittenparagraphen“ in der Landesverfassung ein. Ein veralteter Begriff wie „gegen die guten Sitten“ darf nie wieder als Grundlage für Diskriminierung dienen. Wir GRÜNE setzen uns entschieden dafür ein, dass in unserer Landesverfassung Artikel 4 folgendermaßen ergänzt wird „einer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität“. So soll Queerfeindlichkeit auch zukünftig entschieden bekämpft werden.

Zudem treiben wir die Modernisierung des Abstammungsrechts voran: Familienvielfalt muss endlich auch im Gesetz abgebildet werden. Kinder sollen von Geburt an rechtlich gesichert sein – unabhängig davon, ob sie in Regenbogenfamilien, durch Samenspende oder andere Formen entstehen.
Wir unterstützen eine rechtliche Absicherung der Mehrelternschaft, damit Kinder abgesichert von mehr als zwei Sorgeberechtigten getragen werden können – so wie es längst gesellschaftliche Realität ist.

Queere Netzwerke stärken

Die vielen, oft ehrenamtlich getragenen Organisationen, Vereine und Initiativen sowie die kommunalen Queerbeauftragten sind unverzichtbare Säulen einer lebendigen Demokratie. Wir werden sie auch in Zukunft als starke Partner*innen fördern, unterstützen und in einen engen Austausch einbinden. Gerade in Zeiten von wachsendem Hass und Hetze gilt für uns: Zusammenhalt statt Wegducken.